



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

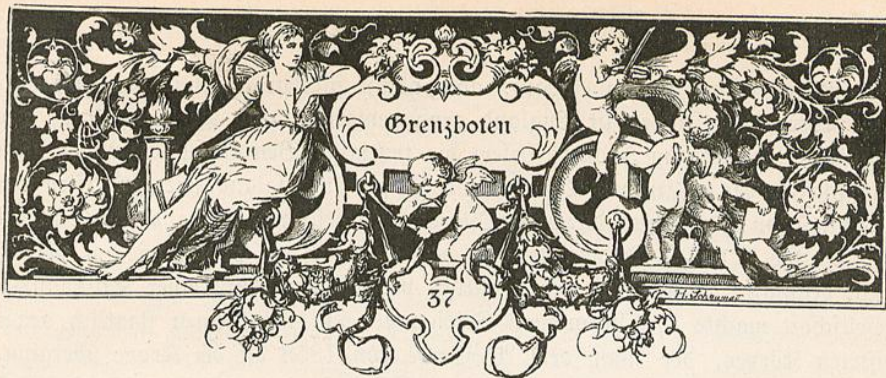
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zur Kenntnis der englischen Weltpolitik : 7. Englands Stellung in Indien

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Zur Kenntnis der englischen Weltpolitik

7. Englands Stellung in Indien



Indien wird von politischen Rednern gern die größte Besitzung Englands genannt. Das ist es nicht im räumlichen Sinne, wenn auch das Kaiserreich Indien, d. h. die unmittelbaren und mittelbaren Besitzungen nebst Aken, dem arabischen Schutzgebiete und der Somaliküste, fast zehnmal so groß als Deutschland ist. Aber Indien ist eine ganze Welt für sich mit seinen Hunderten von Provinzen, Staaten und Ländchen, seiner gewaltigen Volksmasse, die der von ganz Europa nicht viel nachsteht (1891 291 Millionen), seiner Geschlossenheit, dem Reichtum und der Mannichfaltigkeit seiner natürlichen Anlage und Ausstattung. Mit alledem in die Länder West-, Inner- und Ostasiens hineintretend und nach den Inseln des Südostens hinausgestreckt, hat es einen mächtigen Einfluß auf die Hälfte Asiens. Es macht England zu einer der größten Mächte des Erdteils, zur entscheidenden Macht neben Rußland. Ostafrika, der Persische Meeresbusen, der Indische Ozean, sie alle liegen in dem Machtbereich Indiens. Und Indien legt sich gerade vor die Seewege, die vom Westen zum Osten der alten Welt, d. h. von Europa nach Ostasien und Australien führen. Das vielgestaltige Asien hat kein Land von so großem politischen und wirtschaftlichen Wert. Was den wirtschaftlichen betrifft, so deutet der jährliche Handelsumschlag von etwa vier Milliarden Mark, davon etwa zwei Drittel mit England und englischen Besitzungen, nur einen kleinen Teil des Gewinns an, den England aus Indien zieht. Dem politischen Werte nach aber ist Indien für sich allein die Grundlage der Vorherrschaft Englands über das ganze südliche Asien und damit eine der festesten Säulen der englischen Weltherrschaft überhaupt.

Dazu kommt der unwägbar, aber höchst fühlbare geistige und geschichtliche Wert. In Indien ist England groß geworden, und die Entwicklung der englischen Verwaltung Indiens liefert die triftigsten Beweise für die ungeheuern Fortschritte der politischen Theorie und Praxis in England seit der ersten Erwerbung von Landrechten durch die Ostindische Gesellschaft im Jahre der Schlacht bei Plassey (1757). Indien beweist, daß England im Erfolg wie im Genuß nicht erschläfft. Aus dem rein fiskalisch verwalteten Besitz einer Kaufmannsgesellschaft machte das Permanent Settlement von 1793 einen staatlich organisierten Körper, der nach dem Aufstande von 1858 an die Krone überging. 1893 hat man ihn den folgenschweren Schritt zu einer halbkonstitutionellen Verfassung machen lassen. Bis dahin ist die englische Geschichte in Indien ohne die Völker, wenn auch zum Teil für die Völker Indiens gemacht worden. Indien ist von einigen der größten Staatsmänner regiert worden, die England hervorgebracht hat. An seinem Gedeihen mißt sich und wird sich jederzeit messen die Leistungsfähigkeit des Mutterlandes, und zwar die ganze. Ununterbrochen fließt ihm eine Fülle von Geist und vielseitiger Schulung zu. Der Aufgabe, 300 Millionen Asiaten mit noch nicht 100000 europäischen Beamten, Offizieren und Soldaten — die europäische Armee in Indien zählt 72000 Mann, dazu kommen gegen 2000 Offiziere der Eingebornentruppen — zu regieren, ist nicht Kühnheit und Willenskraft allein gewachsen, es gehört dazu unglaublich viel Wissen und Können. Man muß sich in die Völker einleben und doch über ihnen stehen. Es ist wohl wahr, was Lord Roberts sagte, daß es eine verhängnisvolle Täuschung sei, zu glauben, die englische Herrschaft in Indien könne ohne das Vertrauen der Völker Indiens aufrecht erhalten werden. Aber jedenfalls dachte der Befreier von Kandahar dabei auch an das Vertrauen dieser Völker auf die Macht ihrer Beherrscher. Von ihm stammt ja auch der andre Satz: Die Asiaten sind auf der Seite dessen, dem sie den Sieg zutrauen.

1

Ein so gewaltiges Land fest und fein so verschiedenartiges, tiefzerklüftetes Völkergewirr in der Hand zu halten, mit den Barbaren nicht barbarisch zu werden und doch mit ihnen zum Verständnis zu gelangen, sie zu erziehen und sie doch nicht zu hoch kommen zu lassen, das ist eine Verbindung der schwierigsten Aufgaben. Bleibt doch für England Indien immer die größte und schwierigste der „Ausbeutungskolonien.“ Es muß also der Weg gefunden werden zwischen Menschlichkeit und Ausbeutung, zwischen Hebung und Druck. Der fremde Beurteiler Indiens wiederholt noch immer die vor siebenzig Jahren niedergeschriebnen Worte des feinen Schilderers Jacquemont: „Die gewaltige Ausbreitung der englischen Macht ist ein Glück zu nennen; ohne Zweifel bringt sie viel Unbilliges und besonders die hassenswerteste Heuchelei mit sich, aber sie verhindert

größere Greuel.“ Alle Widersprüche der indischen Politik Englands führen auf dieses Laviren zwischen Ausbeutung und Hebung der Völker zurück.

In diesem Wegsuchen zwischen politischen und moralischen Extremen liegt aber auch die Gefahr für die englische Herrschaft in Indien. Die parlamentarische Regierung — jedes Mitglied des Parlaments ist zugleich Mitglied für Indien, sagt ein geflügeltes Wort — begünstigt das Experimentieren. Auch ohne Urteil und Sachkenntnis gewinnen Politiker den maßgebenden Einfluß im indischen Amt und probieren ihre Theorien an dem großen, geduldigen Körper. Sohn Bright sagte vor vierzig Jahren von ihrer Stellung gegenüber ihrer gewaltigen Aufgabe: „Wie wäre es, wenn ganz Europa unter einem Gouverneur stünde, der nur die Sprache der Fidschiinsulaner kennt und von Beamten bedient wird, die ebenfalls nur diese kennen, wenn sie auch etwas intelligenter sind als die Fidschiinsulaner?“ Dies hat sich wesentlich geändert. Geschichte, Sprache und Sitten der Eingebornen müssen den Beamten bekannt sein, die mit ihnen in Berührung kommen. Die Prüfungen der Kandidaten für indische Ämter verlangen viel und sollen streng geführt werden. Der Vizekönig hat in Indien eine Art von Ministerium sachkundiger Männer und der Sekretär des indischen Amtes in London einen Stab von Beamten, die in Indien gedient haben. Das Parlament läßt diese beiden Regierungsmaschinen meist ganz ungehindert arbeiten, aber die öffentliche Meinung kontrolliert sie von Jahr zu Jahr genauer. Oft ist in den letzten Jahren in den Parlamentsreden über Indien das tiefere Interesse des heutigen Englands an Indien dem oberflächlichen des vorigen Geschlechts gegenübergestellt worden, und der Sekretär des indischen Amtes unter Roseberry, Fowler, hat kürzlich gesagt, daß niemals das englische Volk als ein Ganzes so entschlossen gewesen sei, Indien fest, aber gerecht zu regieren. „England wird Indien mit der ganzen Zähigkeit und dem festen Griff der Kasse festhalten.“ Sowohl die äußern Gefahren als die innern Schwierigkeiten haben die Anstrengungen gesteigert, von denen man freilich noch zweifeln muß, daß sie der Riesenaufgabe auf die Dauer gewachsen sein werden.

Wird es z. B. möglich sein, bei der Zunahme der indischen Wettbewerbung auf gewerblichem Gebiet den gemeinen Neid einflußreicher Gruppen, wie der Baumwollfabrikanten von Lancashire oder der Zutfabrikanten von Dundee, zu hindern, die öffentliche Meinung gegen Indiens Interesse aufzuregen? Der Parlamentarismus, der seit der Losreißung der dreizehn nordamerikanischen Kolonien so manche Beweise für die Unfähigkeit großer Körperschaften geliefert hat, die verwickelten Probleme der Kolonialpolitik zu lösen, hat bisher auch nicht viel Geschick in der Behandlung Indiens gezeigt. Das Volk ist auch in seinen Vertretern weder weitfichtig noch großherzig. Der Parze Naoroji, der letzten Winter die kühne Äußerung wagte, England möge erst den Zustand der Indier verbessern, ehe es sich über arme-

nische Greuel entrüfte, wurde moralisch niedergeschlagen. Ähnlich verlor die Times allen Anstand bei der Besprechung des Versuchs einiger Parlamentsmitglieder, das Unrecht der indischen Opiumpolitik nachzuweisen; die Armen wurden wie Schwachköpfige behandelt. Gegen den indischen Baumwollenzoll wurde der Ruf der Entrüstung erhoben: Ein Schutz Zoll zwischen Ländern unter demselben Parlament! Darin ist gar kein Sinn, denn das englische Parlament beschließt für Indien, Indien hat aber kein Parlament, es hat nur seine Beamten! Die Verbesserungen, die seit der Auflösung der Ostindischen Kompagnie und dem Übergang aller ihrer Besitzungen an die Krone in und für Indien eingeführt worden sind, mußten fast alle gegen den Willen des Parlaments durchgesetzt werden. Es ist vorwiegend das Verdienst der anglo-indischen Beamten, die Indien kennen, daß der zum Teil sinnlosen Ausbeutung des fernen Landes nach und nach Grenzen gezogen worden sind. Das indische Amt beschäftigte früher ein Heer von Beamten mit Ankäufen für die Armee, für die Eisenbahnen u. s. w. Auch jetzt sollen noch etwa sechshundert von den zweihundert dort beschäftigten damit beauftragt sein. Die Armeeleitung hat es zuerst durchgesetzt, daß sie ihre Monturen, ihr Schuhwerk und ihre Munition — neuerdings selbst Cordit und Stahlgeschosse — in Indien selbst herstellt, und die Eisenbahnen folgen langsam diesem Beispiel. Weite Kreise Englands sehen aber die Stärkung der indischen Industrie sehr ungern. Als die indische Regierung, nicht um die herangewachsene Baumwollenindustrie Indiens zu schützen, sondern um eine neue Geldquelle zu erschließen, einen Zoll auf eingeführte Baumwollgewebe legte, dessen Ertrag zunächst auf $1\frac{1}{3}$ Million Rupien angeschlossen wurde, drang die englische Regierung darauf, daß gleichzeitig eine Steuer, die 7 Lath Rupien bringen soll, auf die bessern, d. h. den Produkten der englischen Webstühle Konkurrenz machenden Erzeugnisse der indischen Baumwollenweber gelegt wurde, damit die englischen Spinner und Weber nicht geschädigt würden. Der Finanzsekretär erklärte ganz offen im indischen Staatsrat, daß die indische Regierung nie daran gedacht haben würde, die heimische Regierung habe es verlangt. Der Zwiespalt dauert aber fort. Man hat durch diesen die Indier doppelt belastenden Kompromiß nur ein Anzeichen beseitigt.

Zwischen Lancashire mit seinen 440 000 Arbeitern in der Baumwollindustrie, deren gewaltige Entwicklung in England (1890 44,5 Millionen Spindeln) fast zu vier Fünfteln hier konzentriert ist, und Indien, dessen Spindeln und Fabriken von 1882 bis 1892 um 104 und 111 Prozent gewachsen sind (1892 $3\frac{1}{3}$ Millionen Spindeln in 127 Fabriken) steht nun England in auskunftloser Verlegenheit. Die indische Regierung behauptet, ohne neue Einnahmen angesichts ihrer Goldverbindlichkeiten gegenüber dem Mutterlande sich vor dem Bankrott zu befinden, und wünscht eine parlamentarische Untersuchung, die zeigen soll, daß sie die Ausgaben auf das kleinste Maß herabgesetzt habe und ohne den fünf- und zwanzigprozentigen Einfuhrzoll, den alle Einfuhren gleichmäßig tragen,

nicht wirtschaften könne. In weitem Kreise Indiens hat aber die ganze Auseinandersetzung, die besonders von den indischen Vertretern im Supreme Legislative Council und den indischen Zeitungen mit Erbitterung geführt wurde, das allgemeinere Verlangen nur klarer hervortreten lassen, daß Indien in seinem eignen Interesse besteuert werde. Die Macht des Bodens über den Menschen zeigte sich einmal wieder recht klar, denn Indoeuropäer und Indier waren in dieser Sache genau derselben Meinung. Auch wurde mit Recht geltend gemacht, daß die ohnehin schon bestehende Neigung der gedrückten Industrien, auf den Boden der Eingebornenstaaten oder der französischen und portugiesischen Besitzungen auszuwandern, nicht durch zu schroffe Finanzmaßregeln gestärkt werden dürfe. Gegen die Ansicht der indischen Regierung ist durch die entscheidende Stimme des Staatssekretärs für Indien, also praktisch gesprochen, des Parlaments, bestimmt worden, daß die ohnehin durch die kurzstapelige indische Baumwolle begünstigten gröbern Nummern Baumwollgewebe unter zwanzig frei bleiben, die über zwanzig, in denen Lancashire mit Indien konkurriert, aber mit der Accise belegt werden sollen. Indien wird durch eine solche schwächliche Auskunst nicht gehindert werden, sich in derselben Richtung industriell weiter zu entwickeln, die es mit der Baumwollenindustrie eingeschlagen hat. Fehlt es ihm doch nicht an Handelsgeist, Kapital und vor allem an billigen Arbeitskräften. Das wirkt naturgesetzlich zusammen. Daß der niedrigste Preis für Material und Arbeit doch erst erreicht wird, wenn Eingheimische die ganze Arbeit vom Plan bis zur Ausführung in der Hand haben, hob mit besondrer Betonung der Lieutenant Governor von Bengalen hervor, als er im April 1895 die erste mit indischem Kapital und von einem indischen Ingenieur gebaute Bahn, eine fünfzig Kilometer lange Schmalspurbahn, eröffnete. Er bezeichnete sie als einen Markstein in der Entwicklung des Eisenbahnwesens in Indien. Was würden aber die Hochofenbesitzer von Wales sagen, wenn Indien billigere Schienen und Lokomotiven herstellen oder aus Deutschland oder Belgien beziehen wollte? Auf verhältnismäßig kleine Posten, die eingeführt worden sind, wurde sogar in der politischen Presse eifersüchtig und mit warnender Stimme hingewiesen.

In diesem wirtschaftlichen Gegensatz liegt der Keim viel tiefer gehender, folgenreicher Verwicklungen. Es ist einfach so, daß dieselbe Ursache, die England einst das Übergewicht im Handel mit Indien und Ostasien verschaffte, die billige Arbeit seiner mit eignen Kohlen geheizten und aus eignem Eisen gebauten Maschinen, nun langsam seine eigne überragende Stellung unterwühlt. Der Strom hat es gebracht, der Strom nimmt es auch wieder mit fort. Japan ist schon reich an Kohlen und billiger Arbeit, die Arbeit Indiens ist aber noch billiger. In beiden Ländern entfaltet sich viel mehr Geschicklichkeit in industrieller Arbeit, als je für möglich gehalten worden ist. Selbst die japanischen Dampfer beschränken sich nicht mehr darauf, den englischen den

Wettkampf in den ostasiatischen Häfen anzubieten, sie erscheinen westlich von Singapur, besonders in indischen Plätzen. Die große Thatsache ist dabei die Raschheit, mit der das Zusammenarbeiten der Geldkräfte — noch immer sind die indischen Kaufmannsgilden so wichtig, daß auch europäische Häuser nicht umhin können, ihnen beizutreten — durchgeführt und die Maschine in ihrer letzten Vervollkommnung eingeführt wird. Die indische Regierung könnte sich nur freuen, wenn dadurch der Wohlstand gehoben würde, aber das kann ja wieder nur in Wettbewerbung mit dem Mutterlande geschehen. Daher auch hier wieder die gewundenen Wege, um zwischen den Ansprüchen Indiens und Englands durchzusteuern. In Indien klagt man die Regierung der Vernachlässigung des Eisenbahnnetzes des industriell rasch fortschreitenden kohlenreichen Bengalens an, in England fürchtet man die wachsende Baumwollenindustrie Bengalens, wohin ohnehin schon ein Drittel der englischen Suteindustrie ausgewandert sei. Die englischen Spinner wollen im Interesse der Humanität den indischen die Fabrikgesetze der Heimat aufzwingen, und die englischen Kohlenwerke brachten es fertig, daß die unter ganz andern Umständen arbeitenden indischen Weiber und Kinder nach englischen Gesetzen behandelt werden sollten. Der indische Arbeitsinspektor findet aber (1894), daß die erzfördernden Weiber „gesund und fröhlich“ aussehen. Wo die Interessen des Mutterlandes nicht in Frage stehen, läßt das Mutterland ja auch sonst ganz gern zu, daß von den strengen Forderungen der Menschlichkeit etwas nachgelassen wird. Die Wohlthaten der Passengers Act, die einen bestimmten geringsten Raum für jeden Menschen an Bord eines Schiffes vorschreibt, werden nicht auf Indien und Hongkong ausgedehnt, und außerdem können die Kolonialbehörden geringere Räume zulassen, wenn es sich um Afrikaner oder Asiaten handelt, die von ihren Kolonien aus fahren.

2

England hat bei der Verwaltung Indiens nach verunglückten Versuchen der Aufspaltung fremder Einrichtungen und der Gleichmachung der tiefen Unterschiede der Indier sich schon früh mit dem einzig richtigen Gedanken vertraut gemacht, daß Indien eine Welt für sich sei, in der wie weitgetrennte Planeten die Länder, Völker, Kasten kreisen, ohne je einander zu berühren. Es hat in jeder Landschaft die örtlichen Einrichtungen angenommen und weiter entwickelt. Daher die weitgehende Autonomie der an die Stelle der drei alten Präsidenschaften Calcutta, Bombay und Madras getretenen sieben oder acht Hauptregierungen Indiens, die nach Raum und Bevölkerung den Mächten Europas zu vergleichen sind und zum Teil weit außenliegende Besitzungen mitverwalten, wie die Laccadiven zu Madras, Alden und Perim zu Bombay gehören. Dazu kommen dann mehrere hundert Eingebornenstaaten (Native States), die zusammen das ausmachen, was man als Feudatory India be-

zeichnet. Von diesen erreicht keiner die Größe Deutschlands, der größte, Saderabad, ist nicht halb so groß wie Deutschland, einige sind Mittelstaaten, die Mehrzahl klein und sehr klein. Sie bilden insgesamt fast genau zwei Fünftel des indischen Kaiserreichs, ihre Bevölkerung ist aber nur ein Fünftel des Ganzen. Ihr Boden ist viel weniger reich, ihre Wirtschaft weniger entwickelt als im eigentlichen Britisch-Indien. Bezeichnend ist, wie sie durch alle Provinzen zerstreut sind, und wie von den größern Eingebornenstaaten keiner das Meer berührt. Ihre politische Beziehung zum Reich hat eine einheitliche Form eigentlich erst 1877 erhalten, als die Königin von England den Titel Kaiserin von Indien annahm. Damit waren nun alle jene kleinen oder außenliegenden Gebiete mit zusammengefaßt, die noch nicht, wie die größern, ihre Selbständigkeit formell aufgegeben hatten. Es gehört zu den staunenswerten Leistungen der englischen Verwaltung in Indien, wie sie diese paar hundert Gebiete mit ihren so weit verschiedenen Bewohnern und Herrschern in allen Stufen der Abhängigkeit festhält, darüber wacht, daß sie ihre Staaten soweit ordentlich verwalten, als es das Interesse des Kaiserreichs verlangt, und bis zur Sorge für die Erziehung der jungen Prinzen durch englische Tutors für geordnete Thronfolge u. s. w. herabsteigt. Aus der mit seltenen und vorübergehenden Ausnahmen schlechten Verwaltung der noch bestehenden Eingebornenreiche Indiens heraus hat England den unendlich viel befriedigendern Zustand von heute geschaffen. Zuerst beteiligte es sich selbst an dieser asiatischen Ausbeutung ohne Rücksicht und Voraussicht, aber es sah früh seinen Vorteil in einer verständigen Anwendung der Grundsätze eines aufgeklärten und womöglich humanen Despotismus. Es hat unzweifelhaft sehr viel Gutes gethan in der Ordnung der Landrechte der unterdrückten Bauern, ob sie nun Muselmänner, wie in Kaschmir, oder Hindu, wie in Hindustan, waren. Es hat der Verwüstung der Menschenleben in Menschenopfern und stumpf ertragnen Hungersnöten ein Ziel gesetzt. Mancher launenhafte, tyrannische Kleinfürst ist unter englische Vormundschaft gestellt worden.

Unbedeutend sind die Reste der portugiesischen und französischen Kolonien in Indien. Die fünf offiziell anerkannten Reste des französischen Reichs in Indien, wohlbekannt und wohlbegrenzt, umschließen nicht alles, worauf Frankreich in Indien Anspruch hat. Der Vertrag von 1787 nennt eine ganze Reihe von französischen Loges (Faktoreien) auf jetzt englischem Boden, besonders in Bengalen, unter anderm in Sugdia, Cosatinbasar, Patna und Dacka, die auch in Zukunft unter französischer Flagge ihre Geschäfte treiben sollten. Die Franzosen scheinen ihre Rechte auf keine dieser Besitzungen geltend gemacht zu haben, bis die Einführung der Steuer auf indische Baumwollwaren den Gedanken erweckte, auf einer davon eine große Baumwollenspinnerei zu errichten. Frankreich hat 1885 das englische Anerbieten, ihm für die Abtretung dieser Rechte eine entsprechende Vergrößerung seiner eigentlichen Kolonialgebiete zu

gewähren, begreiflicherweise abgelehnt, da in seinen weitverstreuten Ansprüchen eine viel wirksamere politische Waffe liegt, als in diesen 509 Quadratkilometern seines indischen Besitzes. Auch Portugals 3658 Quadratkilometer, in drei Besitzungen an der Westküste zerstreut, Goa, Diu und Damão, verschwinden gegenüber der gewaltigen Masse des englischen indischen Kaiserreichs und seiner Schutzstaaten. Sowohl die französischen als die portugiesischen Besitzungen sind für eine selbständige Entwicklung zu klein. Sie stören die englische Herrschaft nicht materiell. Als traurige Reste einer großen Vergangenheit tragen sie eher dazu bei, ihr Relief zu geben.

England schreckt nicht vor der Heranziehung eines anglo-indischen Nationalgefühls zurück, das den Indier selbst in Afrika sich mit dem Schutze des Landes brüsten läßt, dem er unterthan ist. Zu den Früchten des grausigen Aufstandes von 1857 gehört eine königliche Proklamation von 1858, die die Rechte der indischen Unterthanen, auch derer der Tributfürsten, bestimmt. Die Teilnahme der Indier an der indischen Verwaltung, ihre Parlamentssitze, das freie Wort in ihren Versammlungen und ihrer Presse fließen aus diesen Gewährungen. Was Frankreich oder Rußland nie einer Kolonie gegeben haben, hat damit England Indien verliehen. Die Indier haben es gelernt, sich in den Formen eines politischen Meeting zu bewegen, und für den Anfang stellen sie maßvolle Forderungen. So verlangte zuerst 1888 eine Versammlung in Allahabad, die von tausend Delegierten aus allen Teilen Indiens besucht war, Pflege des Unterrichts und der materiellen Wohlfahrt des verarmenden Volkes, Regelung der Bodenverhältnisse und der bedrückenden Auflagen. Der gesetzgebende Rat für Indien müsse vergrößert und die Hälfte seiner Mitglieder gewählt, ihnen das Recht der Interpellation verliehen werden u. a. m. Die Versammlung, an der sich in Indien ansässige Europäer in größerer Zahl beteiligten, hat zu weiteren Erörterungen Anlaß gegeben, infolge deren 1893 die ersten Wahlen für die indischen Provinzialvertretungen stattfanden, genau ein Jahrhundert nach der Organisation der englischen Verwaltung von Bengalen.

Man muß die Geschichte der seit 1871 immer weiter ausgebildeten Dezentralisation der indischen Verwaltung, die notgedrungen von den Finanzen ausging, verfolgen, um die Wirksamkeit dieser Vertretungen zu verstehen. Beide Fortschritte hängen zusammen. Es sind manche Verbesserungen durch sie angeregt und manche Mißbräuche enthüllt worden. In den Interpellationen hat die politische Unschuld auch Lächerliches oder Bedenkliches zu Tage treten lassen. Aber die Regierung wird, solange Friede herrscht, diese jungen Einrichtungen sich weiter entwickeln lassen. Sie verfolgt durch sie das hohe Ziel, die Neigung der Völker zu gewinnen, die sie niederhält. Es ist derselbe Grundsatz, der die eingebornenfreundliche Politik in Afrika und die Stellung zu Japan vorschreibt. Die immer zahlreichern Anstellungen gebildeter Indier in hohen Ämtern machen in England manchen bedenklich. Man sagt, es sei

kein Grund dazu. Ohne Zweifel ist aber die Bildungsstufe der Eingebornen immer höher gestiegen und wird den Ansprüchen der Prüfungskommissionen gerecht. Ob es nicht eines Tages höher steigen wird, als man wünscht? Ein Aufhalten gibt es hier jetzt nicht mehr. Die Rechtfertigung dieser Politik kann nur darin liegen, daß sie die höhern Klassen Indiens mit England versöhnt und diesem einen sittlichen Halt gegenüber fremden Ein- und Angriffen giebt, die Indien sicher in den nächsten Jahrzehnten zu erwarten hat. Sollte sie sie durch Zwischenschiebung einer eingebornen Bürokratie bewirken, daß das europäische Element noch mehr als jetzt wie Öl über Wasser eine dünne scharfgetrennte Schicht bildet, dann wäre sie sicherlich vom Übel. Aber auch dagegen scheint in der Art von Volksvertretung, die seit 1893 eingeführt ist, ein Mittel gegeben zu sein, das allerdings noch weiter entwickelt werden muß. Diese Volksvertretung ist zunächst in homöopathischer Dosis verschrieben worden. Die Wahl ist nur eine Ernennung, der Governor bestimmt über die Zulassung des Gewählten. Nicht alle Bezirke einer Provinz sind gleichzeitig vertreten, sondern aller acht Jahre kommt an jeden Bezirk die Aufforderung, einen Abgeordneten zu senden, der dann zwei Jahre die Vertretung hat. Dann folgt ein Pause von sechs Jahren, wo die Vertretung ruht. So sitzen neben drei Vertretern der Stadt, der Universität und der Handelskammer von Calcutta vier Vertreter des großen Bengalen. Wie beschränkt sie auch sei, so giebt sie doch Gelegenheit zum Zusammenwirken hervorragender Eingebornen mit Europäern, wie es in den Handelskammern und in privaten Vereinigungen schon längst üblich war.

Vom Vizekönig wissen die meisten Indier nichts, die wenigsten haben ihn mit einem Troß von Elefanten und orientalisches bunt uniformirtem Gefolge, in einer Pracht, die an die Zeiten Aurangzebs erinnert, einen Darbár abhalten sehen. Nur die Höchststehenden haben ein Verständnis für seine Aufgabe als Mittelglied zwischen der Regierung in London und den Verwaltungen der einzelnen Länder, deren Gang zu regeln und in Übereinstimmung zu bringen und dafür zu sorgen, daß sich kein gemein-indisches Gefühl verbreite, sondern die Sonderinteressen sorgsam gepflegt werden. Den Provinzialvertretungen treten dagegen die Lieutenant-Governors und ihre Berater und Beamten näher. Auf einem andern Felde hat Indien schon eindringlich gelehrt, daß sich die europäische Leitung nicht allzu weit zurückziehen darf. Der Aufstand von 1857 hätte nicht so langwierig und blutig werden können, wenn nicht aus der Armee eine zu große Zahl sehr tüchtiger Offiziere in die Verwaltung neu erworbener Provinzen hinübergezogen worden wäre. Die Armee versagte nur aus Mangel an guten europäischen Offizieren. Das wird nun kaum mehr vorkommen, seitdem gegen fünftausend englische Offiziere in Indien dienen, davon in der Eingebornenarmee 2800, und fast die ganze Artillerie und der größte Teil der Besatzungstruppen englisch ist.

Man darf nicht übersehen, daß eine große Schwäche der englischen Stellung in Indien in allen geistigen Dingen offenkundig ist. An dem Mißerfolg der christlichen Missionen ist nicht zu zweifeln. Es wäre besser, wenn es anders darum stünde. Aber die bekehrten Indier genießen im allgemeinen kein großes Vertrauen. Im Verhältnis zu dem Alter der Missionsthätigkeit in Indien ist der Betrag von $\frac{1}{5}$ Prozent Christen in der ganzen Bevölkerung verschwindend gering. Ihre Mehrzahl lebt in den untern Schichten. Die Spitzen der eingebornen Gesellschaft sind 208 Millionen Brahmagläubige, 57 Millionen Mohammedaner, dann Buddhisten und Parsen. Diese dringen also in die Vertretungen ein und besetzen die Beamtenstellen. Nun spielen die Religionsbekenntnisse in Indien eine ganz andre Rolle als bei uns. Die Religionsgemeinschaft ist Staat, Gesellschaft und — Zukunft. Darin liegt die Schwäche und Stärke Indiens.

3

Wie die Eroberung Indiens eigentlich keine Eroberung, sondern vielmehr eine Reihe von innern Umwälzungen war, die von den Europäern geleitet, aber fast ganz von Eingebornen gemacht wurden, so ist auch die Erhaltung der englischen Herrschaft in Indien nur möglich, weil es kein indisches Volk im europäischen Sinne gibt, sondern hunderte von Stämmen, Familienstämmen (Klans), Kasten, Glaubensgenossenschaften u. dergl., die von Indien so wenig wissen, daß der politische Begriff Indien ebenso von außen hereingetragen ist wie der Name, den keine indische Sprache kennt. England hat in Indien keine nationale Regierung gestürzt, keinen Nationalstolz verletzt, freilich nicht mit Willen und Verdienst, sondern weil es keine Nation vorfand. Die meisten „Eingebornenstaaten“ werden auch heute von Herrschern regiert, die den Untertanen ebenso fremd sind, wie die von außen hereingekommenen Europäer. Diese sind nur etwas weiter hergekommen, daher fremder. Als Christen stehen sie dem Brahmanen so fern wie die Mohammedaner, halten aber ihre christlichen Überzeugungen viel mehr zurück, als diese ihre muslimischen. Daß der Gegensatz der Hindu zu den Mohammedanern noch größer ist als zu den Christen, darin liegt eine Stärke der englischen Verwaltung. Sie wird allmählich abnehmen, da sich die Gemeinsamkeit politischer Interessen bei den Unterworfenen aller Kasten und Glaubensrichtungen langsam zum Bewußtsein durchringt. Aber für lange noch wird Indiens Beherrschung zwischen den fremden Europäern, denen die Hindu Dienste leisten, und den einheimischen oder heimisch gewordenen Mohammedanern geteilt sein. Nur in diesen sehen die Engländer einen ernststen Feind und Wettbewerber. Was wäre das Schicksal Indiens, wenn heute die Ketten zerrissen würden, die es an England binden? Die Massen würden vielleicht im Augenblick den Sieg über die herrschkräftigen Minderheiten gewinnen, aber die durch Rasse, Geist und Glauben hervor-

ragenden Mohammedaner würden sich wie vordem Indien unterwerfen. Sie waren die Seele des Aufstandes von 1857, und zehn Jahre später schilderte der treffliche Kenner Indiens, Sir W. Temple, den unveröhnlichen Haß der Mohammedaner als die größte Gefahr der englischen Herrschaft in Indien. Er sagte: „Den Tiger quält der Hunger nach seiner Beute nicht mehr als den fanatischen Muselman in Indien der Durst nach dem Blut des weißen Ungläubigen.“ Man muß hier an die Geographie von Indien erinnern, das nur zur Hälfte Tropenland ist, zur andern tief in die stählenden Gebirge und Hochebenen Sinerasiens hineinreicht. Gerade in dieser nördlichen Hälfte sitzt nun die selbstbewußte, kriegerische mohammedanische Bevölkerung vom Hindukusch bis zur See im ganzen Industhal. Sie ist den erschlaffenden Wirkungen des Tieflands entzogen, aber dem Einfluß ihrer Glaubensgenossen in Afghanistan und Mittelasien ausgesetzt. Es ist nicht zu vergessen, daß besonders die Städte reich an Mohammedanern sind. Und gerade diese gehören zu den strengsten Anhängern des Propheten. Die Überwachung der Mohammedaner nimmt ein gutes Teil der Regierungsforgen in Anspruch. Sie muß darauf achten, daß keine zu engen Beziehungen über die Grenze hinaus angesponnen werden, und verschmäht zu diesem Zweck auch kleine Mittel nicht. Unter dem Titel: „Fürsorge für die Gesundheit in Seeplätzen und Passagierschiffen“ hat es die indische Regierung verstanden, die Massenwanderungen nach Mekka unter ihre Aufsicht zu bringen. Sie hat sogar Jahre hindurch das Cooksche Reisebüro unterstügt, damit es die Pilgerreisen nach Arabien in seine Hand nehme, und hat sich erst jüngst angesichts eines großen Mißerfolgs zurückgezogen. In den Häfen sind Beamte mit der Inspektion der Pilgerschiffe beauftragt, und sie üben sie streng nach hygienischen, aber noch strenger nach politischen Rücksichten.

Die religiösen Gegensätze sind auf der einen Seite ein ungeheurer Vorteil für England, da sie die fähigsten unter den Völkern Indiens zu einander in Gegensatz bringen. Auf der andern Seite droht immer die Gefahr, daß die Flammen des Fanatismus ausbrechen, und daß in einem Kampfe zwischen Mohammedanern und Brahmagläubigen die Europäer den größten Schaden leiden. In dem Gewande der Religionsunterschiede kommen die alten Rassenunterschiede wieder zur Wirkung. Dem beweglichen Bengali steht der ernstere, schwerfälligere Mohammedaner des Nordwestens als ein ganz anderer Charakter gegenüber. Dazu kommt der isolirende Einfluß des fast rein religiösen Unterrichts der mohammedanischen Jugend im Gegensatz zu dem weltlich und weltlich geschulten Hindu. Die Mohammedaner zeigen vor allem in Bengalen einen tiefen Widerwillen gegen die Hindu, die sie nicht bloß wegen ihres Heidentums verachten, sondern in denen sie auch Feinde ihres Wohlergehens erblicken. Es ist Thatsache, daß sich die gewandten, schmiegsamen Hindu enger an die Engländer angeschlossen haben als die stolzen Mohammedaner, daher auch einen

größern Anteil an einflußreichen und lohnenden Beamtenstellen erhalten. Außerdem ist hier auch der Hindu auf dem wirtschaftlichen Gebiet an der Spitze, ebenso wie er einst die politischen Bewegungen ins Leben rief und leitete, die zu den indischen Nationalkongressen führten.

4

Die wirtschaftlichen Fragen, die in allen Kolonien den eigentlichen Kern der politischen Probleme bilden, müssen in Indien doppelt wichtig sein, das kein so einfacher wirtschaftlicher Organismus ist wie das Rohstoffe liefernde und Industrieerzeugnisse aufnehmende Australien oder Kapland. Indien hat seine alteinheimische Industrie, seinen gewaltigen, ganz von den Eingebornen geleiteten Handels- und Geldverkehr und die entsprechende zahlreiche, wirtschaftlich reichgegliederte Bevölkerung. Das macht diese Kolonie dem Mutterlande ähnlicher als irgend eine andre, und daher die wirtschaftliche Eifersucht, von der wir gesprochen haben. Sie ist ein schlimmer Zug, auf den die leitenden Leute in England immer wohl achten müssen. Es ist gar nicht zu vermeiden, daß die beiden Länder eine gleichlaufende industrielle Entwicklung durchmachen, die in Indien nur um ein paar Geschlechter später einsetzt als in England. England kann zunächst noch mit Ruhe dem Einfluß der Selbständigmachung Japans auf dem politischen Gebiete zusehen, wenn er auch ohne Zweifel in Indien antieuropäisch wirken wird. Aber dem Beispiel des wirtschaftlichen Aufschwungs im fernen Osten wird Indien nicht widerstehen können. Es wird mehr Freiheit und weniger Opfer wollen. Es wird aus der Armut herausstreben. Da würden die Steuern und die riesigen Ausgaben ein aufregendes Thema abgeben. Die indischen Steuern belasten das indische Volk im Verhältnis doppelt so stark, als das englische belastet ist, und tragen etwa ein Zwanzigstel auf den Kopf von dem ein, was das arme Irland bringt. Und dabei ist die Salzsteuer so unvernünftig und drückend, daß von ihrer Anwendung in England gar nicht die Rede sein könnte. Bedenkt man nun, daß an Gehalten und Pensionen von mehr als tausend Rupien Indien jährlich etwa vierhundert Millionen aufbringen muß, wozu die indischen Mitglieder im Indian Council höchstens ein paar Reden halten, woran sie aber sachlich nichts ändern dürfen, so begreift man, daß sich die Unzufriedenheit mit den Finanzen rasch verbreitet und heute die schwerste Sorge der anglo-indischen Staatsmänner bildet.

Was man Home-charges nennt, die von Indien nach England jährlich abfließenden Summen für Kapitalzinsen, geleistete Arbeit oder für Einrichtungen, die auf Rechnung Indiens erhalten werden, ist sehr oft Gegenstand parlamentarischer Erörterung gewesen. Lord Northbrook, früher selbst Vizekönig und Staatssekretär für Indien, brachte sie 1893 zur Sprache, als sie durch die Verschlechterung der indischen Währung ins Unerträgliche gewachsen

waren, worauf eine Kommission niedergesetzt und ein dickes Blaubuch veröffentlicht wurde. Letztes Frühjahr erhob sich aber mit viel stärkern Klagen der Parsi Naoroji im Unterhaus, der die anglo-indische Finanzwirtschaft als eine schamlose Ausbeutung Indiens zum Vorteil Englands hinstellte und zum Verdruss vieler Engländer die Zustimmung radikaler Parlamentsmitglieder erhielt. Der Staatssekretär für Indien sagte die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der von dem Parsen vorgebrachten Beschwerden zu, verwarf aber gleichzeitig mit großen Worten jedes Eingehen auf einen Hauptpunkt der Klage der Indier, daß sie nämlich für den gewaltigen Aufwand der Politik jenseits der Grenze, wie die Unterstützung des Emir von Afghanistan und anderer Nachbärfürsten Indiens, oder die Zahlung von 10000 Pfd. St. für das Kabel Mauritius-Dsafirika aufkommen und einen Beitrag zum Unterhalt der britischen Flotte zahlen müssen. Indien zahlt auch die Truppen im afrikanischen Dienst, ja selbst in Aden und am Mittelmeer. 1882 bis 1891 hatte es 126 Millionen Rupien für militärische Lasten außerhalb Indiens aufzubringen, wobei die Unterstützung Afghanistans nicht mit inbegriffen ist. Man begreift nun die Russenfreundlichkeit der indischen Presse, die nicht bloß Abneigung gegen den Islam ist: sie spekulirt auf die Erleichterung der kostspieligen Kriegsrüstung Indiens. Naoroji war mit großer Mäßigung vorgegangen, wurde aber dann in den größern englischen Blättern lächerlich gemacht, in den Zeitschriften totgeschwiegen. Er hatte es doch erreicht, daß auch in der Presse anerkannt wurde, Indien werde mit Lasten wie keine andre Kolonie überladen. Es lag eine Rechtfertigung seiner Klage darin, daß das indische Amt selbst die Armut Indiens gegen übertriebne Forderungen der Admiralität geltend machte, wobei der Premierminister als Schiedsrichter dem indischen Amt Recht geben mußte.*) Die Auffassung des Grenzschutzes, die die Unterstützung Afghanistans mit Geld und Waffen und die Einverleibung Oberbirmas Indien zur Last legt, weil England nichts dadurch gewinne, wohl aber diese Vorwerke für Indien notwendig seien, zeigt den Grad von Selbsttäuschung, zu dem sich Engländer hinaufreden, wenn ihre Verwaltung in Indien kritisiert wird. Denn sie sind es doch, die diesen Schutz für ihre Herrschaft in Indien nötig halten und die diese ganze Organisation geschaffen haben, ohne Indien zu fragen.

Um die Schwierigkeiten zu vollenden, kam der Sturz des Silberpreises in den letzten zwanzig Jahren hinzu. Die Währungsverhältnisse sind ja für Indien von der größten Bedeutung. Indien ist eines der wenigen in großem Maße Silber aufnehmenden und festhaltenden Länder. Einerseits hat der Fall der Silberpreise für Indien die Folge gehabt, daß z. B. die Pflanzer von Ceylon noch 1887 eine Ausfuhrprämie von 40 Prozent genossen, da Silber

*) In den Wahlen des letzten Sommers ist Naoroji durchgefallen, dafür aber in einem Londoner Bezirk ein anderer Indier gewählt worden, der wohl folgamer sein wird.

so tief gefallen, die Löhne aber nicht entsprechend gestiegen waren. Der Steuerzahler empfand auch im Anfang nichts von den Schwierigkeiten, mit denen die Regierung kämpfte, die ihre Schulden in England nach Goldwert mit dem gesunkenen Silber zahlte. Aber bald brauchte diese immer mehr Silber. Die günstige Gelegenheit, für Gold mehr als anderthalbmal soviel indische Arbeit zu kaufen als früher, kann nicht vollständig ausgenützt werden, weil die Zinsen jedes Goldanleihe doch wieder in Silber nach England fließen. Dies ist die Hauptursache des Stillstands der öffentlichen Arbeiten in Indien, wo doch die gewaltige Ungleichheit in der Verteilung der Verkehrswege zu baldiger Ausfüllung der Lücken führen sollte. Militärische, politische und Notstandsrücksichten zusammen haben es fertig gebracht, daß in dem fruchtbaren, fleißigen Bengalen eine englische Meile Eisenbahn auf 29000, in dem wirtschaftlich sehr viel unbedeutendern Pendschab eine auf 11000 Menschen kommt. Nur das gewerb- und weizenreiche Bombay hat den entsprechenden Anteil von 1 auf 7000 Einwohner. Die Schwierigkeiten der Finanzlage haben Indiens Verkehrsweisen in den letzten Jahren nur langsame Fortschritte machen lassen. Der Bericht über die Eisenbahnen für 1893/94 weist nur 452 englische Meilen Neuanlagen nach. Seit kurzem hat England seine eignen Dollars oder Pesos, von denen in Indien zunächst fünf Millionen für die Straits Settlements, Nordborneo, Labuan und Hongkong geprägt worden sind. Sie werden die mexikanischen Pesos und die japanischen Yen (= 4 Mark), vielleicht auch die aus Nordamerika eingeführten Silberbarren ersetzen. Die nächsten Ursachen dieser Neuerung sind die Schließung der indischen Münzstätten infolge des Sinkens des Silberpreises 1893, der spärliche Zufluß mexikanischer Dollars, verursacht durch das Darniederliegen der Silberbergwerke in Mexiko und des Übergangs dieses Landes zu andern Ausfuhren, die an die Stelle des Silbers treten, die Hemmung der Ausfuhr japanischer Silbermünzen durch den chinesisch-japanischen Krieg. Der tiefere Grund ist aber die Aussicht auf einen steigenden Bedarf an Silbermünzen, der sich mit dem Eintritt ruhigerer Zeiten in Ostasien und der zu hoffenden Erschließung Chinas, besonders Südchinas, für den auswärtigen Handel geltend machen muß.

Ein ganz wunder Punkt der indischen Finanzen ist die Opiumsteuer. Neben der Grundsteuer und dem Salzmonopol ist sie die Säule, auf der das indische Gebäude ruht. Die Fabrikation des Opiums ist Monopol der Regierung, die das Gift besonders in Benares und Patna bereiten läßt. Die Einfuhr des in den Eingebornenstaaten gewonnenen Opiums ist mit hohen Zöllen belegt. Der Genuß des Opiums greift immer weiter um sich und trägt hier wie in China, wo 1893 für 150 Millionen Mark indisches Opium eingeführt wurde, sicherlich zur Entnervung des Volks bei. Indisches Opium ist der zweite Gegenstand auf der Einfuhrliste Chinas. Was wunder, wenn sich bei vielen das Gewissen regt! Wenn sogar ein hoher Beamter, Sir Charles

Mitchison, der Gouverneur von Britischborneo, 1880 amtlich berichtete: „Die Opiumfrage ist nicht eine Frage besserer oder schlechterer Sittlichkeit, sondern es handelt sich um die Rettung eines ganzen Volks aus den Klauen eines Lasters, das wir ihnen gebracht haben, und vom Ruin,“ so ist wohl nicht bloß aus barem Mörgegeist dieser Punkt der indischen Verwaltung so oft im Parlament angegriffen worden. Es hilft aber nichts. Eine 1893 vom Parlament eingesetzte Opiumkommission hat den Opiumgenuß in Indien harmlos, ja zum Teil heilsam gefunden. Zwar wurden in der Parlamentssitzung vom 24. Mai 1895 die merkwürdigsten Enthüllungen über sie gemacht. Da jedermann in Indien weiß, daß die Regierung für das Opium als Hauptquelle ihrer Einnahmen und Mittel zur Niederhaltung des Volks ist, sind die zweihundertvierzig Seiten Aussagen von Beamten nicht unparteiisch. Von hundertdreißig Ärzten, die gefragt wurden, stehen zweiundachtzig im Dienst der Regierung. Gegen das Opium waren alle Missionare und die Hälfte der nicht-bezahlten Ärzte. Wenn es in solchen Dingen eine Logik gäbe, so müßten die Maßregeln zur Beschränkung des Branntweinhandels in Afrika in noch schärferm Maße gegen das weit verderblichere Opium ergriffen werden. Aber die Stärke der englischen Politik liegt ja darin, daß sie sich an die schreiendsten Widersprüche zwischen Worte und Thaten und zwischen dem Handeln in Asien und dem Handeln in Afrika nicht kehrt. Es ist ja eine besondere englische Logik darin. Das indische Opium hilft England, indem es die indischen Finanzen verbessert, der afrikanische Branntwein schadet ihm, weil er dem deutschen, französischen, belgischen Handel nützt, daher folgerichtig: gegen Branntwein und für Opium. Man konnte jüngst in der Times eine Tirade gegen den Branntweinhandel in Westafrika auf derselben Seite mit dem Bericht des indischen Finanzsekretärs lesen, daß, wenn die Opiumpreise noch weiter so stiegen, in das indische Budget für 1895 40 Lakh Rupien mehr Einnahmen gesetzt werden könnten.

5

Ceylon, so nahe bei Indien, bewohnt von Völkern, die größtenteils nachweisbar indischen Ursprungs sind, ist doch ein ganz anderes Land. Ceylon ist eine Kronkolonie. Es ist als englischer Besitz jünger als Indien, denn erst dreißig Jahre, nachdem Clive die Grundlage Englisch-Indiens gelegt hatte, kamen die holländischen Hafenplätze an England, und erst 1815 riß es die ganze Insel an sich. Die besondere Verwaltung hat Ceylons Eigentümlichkeiten stärker hervortreten lassen, die besonders im Vergleich mit dem so nahen Südinien auffallend sind: in der eingebornen Bevölkerung fast keine Mohammedaner und eine mehr soziale als religiöse Kastengliederung, unter den Europäern nichts von den Beamten und Offizieren Indiens, dafür ein starker Stand englischer Pflanzler und Nachkömmlinge der Portugiesen und Holländer. Eine Vergleichung Ceylons mit Indien ist lehrreich. Man erkennt sofort, welchen

Vorteil die englische Verwaltung Indiens aus der Größe ihrer Aufgaben und Mittel zieht. In dem nahegelegnen, vom Kolonialamt unmittelbar verwalteten Ceylon ist die Fülle von Begabung und Energie nicht in Thätigkeit gesetzt worden, die Indien organisirt und reorganisirt hat, insolgedessen ist viel mehr von dem Schlendrian einer gewöhnlichen büreaukratischen Verwaltung am Leben geblieben als in Indien. Die Engländer haben sich in Indien viel mehr an Indisches angeschlossen als in Ceylon, wo die Sprache der Eingebornen den Beamten unbekannt ist, weshalb sie in die Hände eurasischer und anderer Dolmetscher gegeben sind, wo unpassende Gesetze auf unpassenden Boden gepflanzt so schlechte Ergebnisse liefern, wie das Geschwornengericht in schweren Strafsachen, das eine Stätte der Korruption ist. Singalesen, die nicht englisch verstehen, tagen dabei mit englischen Beamten, die ihre Sprache gebrauchen, als ob sie in London säßen. Jahrzehnte ist das besondre Besitzrecht der Singalesen an ihrem Familienland verkannt worden; den Leuten wurde Land abgenommen, das sie gar nicht veräußern konnten, für Steuerrückstände und als Strafe, selbst für die Bestreitung ihres Unterhalts im Gefängnis. Die wohlwollendsten Beurteiler haben der englischen Verwaltung nicht den Vorwurf erspart, daß sie dem Lande zu äußerlich aufgesetzt sei und zu wenig Fühlung mit den höherstehenden Singalesen habe.

Immerhin liefert auch Ceylon einen glänzenden Beleg für die kolonisirenden Fähigkeiten der Engländer: in dem Aufschwung aus einem scheinbar unwiederherstellbaren wirtschaftlichen Verfall. Ein elementares Unglück wie für Indien der Aufstand von 1857 war für Ceylon der Zusammenbruch der Kaffeepflanzungen, der Hauptquelle des Erwerbs fast für alle Europäer und hunderttausend Eingeborne. Nachdem sie seit 1824 gesund aufgeblüht waren, brachen die Spekulation und der Kaffeepilz gleichzeitig herein, verwüstend wie ein Tornado. In den siebziger Jahren sind weite bewaldete, für Kaffeebau ungeeignete Gebiete einfach nur gelichtet worden, um sie als neue, vielverheißende Anpflanzungen zu verkaufen, wobei der Wert der alten Pflanzungen ins Unsinnsige gesteigert wurde, bis durch jenen Pilz ein Bankerott eintrat, der den englischen Hypothekengläubiger ebenso traf wie den armen Tamilkuli, der höchstens neunzig Pfennige im Tage verdient. Diese Glenden, ohne Mittel und ohne Energie, um in ihre südindische Heimat zurückzukehren, haben damals oft ein, zwei Jahre für nichts als ihre tägliche Reisportion gearbeitet. Die verwüsteten Kaffeefelder wurden mit Cinchona angepflanzt, die zuerst gedieh, aber dann enttäuschte. Die Rettung kam endlich durch die Theepflanze, die vortrefflich gedeiht und jetzt die Hauptkultur von Ceylon ausmacht. Die Kulis, die in der Kaffeekrisis das Land verlassen hatten, kamen aus Madura und Tinevelli zurück, und seit sich der Theebau in tieferliegende Gebiete ausgebreitet hat, nehmen auch Singalesen an der Arbeit teil. Das englische Kapital hat auch hier mit seiner Kühnheit und Nachhaltigkeit die Gefundung der zerrütteten

Verhältnisse wesentlich beschleunigt. Die Hauptarbeit hat aber die trotz des tropischen Klimas unverwüsthliche Energie der Pflanzer, Techniker und Kaufleute geleistet, fast alles Engländer.

Wenn schon Ceylon ein wichtiges Auswanderungsgebiet für das über-völkerte Indien ist, so hat England noch viel größere in seinen Besitzungen am Indischen Ozean zu bieten. Es ist das ein Vorteil der englischen Herrschaft, der von weitsichtigen Indiern gewürdigt wird. In Natal sind neben 43 000 Weißen 33 000 Kuli, fast alle Indier. Mauritius wird allmählich eine indische Insel; schon jetzt sind zwei Drittel seiner dichten Bevölkerung Indier. Britisch-Gujana hat 65 000 indische Kulis. Für Sansibar werden 7000 Indier angegeben. Weiter leben ein paar tausend in Deutsch-Ostafrika und an der Somaliküste, auf Sokotra und in Südafrika, und sie werden sich immer noch vermehren. Als Beherrscherin Indiens hat England einen Vorsprung in Afrika, den man nicht hoch genug anschlagen kann. Der Einfluß der indischen Kaufleute in Deutsch-Ostafrika und Sansibar, wo sie die eigentliche Kapitalmacht bilden ist bekannt. Als Arbeiter sind sie in Natal unentbehrlich. Das britisch-zentralafrikanische Schutzgebiet ist mit indischen Soldaten (Sikhs) erobert und festgehalten worden. Der dortige Administrator Johnson hat indischen Händlern große Vorteile angeboten, wenn sie nach dem Nyassaland auswandern wollen, und sieht die Zukunft dieses weiten Gebiets durch seine Aufsteige zum indischen Auswanderungs- und Kolonisationsgebiet gesichert. An dem auffallend raschen Aufblühen der Kaffeekultur in der Gegend von Blantyre u. a. ist indische Arbeit beteiligt. Wie sich diese indische Einwanderung politisch verwenden läßt, zeigt die jüngst veröffentlichte Beschwerde der Indier in der Südafrikanischen Republik. Sie beanspruchen dort dieselben Rechte „wie andre Untertanen der Kaiserin,“ wollen vor allem nicht als Farbige auf eine Stufe mit den Negern gestellt werden und sind besonders entrüstet über die Bezeichnung Aborigines of Asia. Auch Deutschland, durch Deutsch-Ostafrika zum Nachbar Indiens geworden, hat Grund, darauf zu achten, daß es in dem System Englands liegt, die Indier außerhalb Indiens als Werkzeuge seiner Weltpolitik zu benutzen, mit dem Nebenvorteil, sie ihre untergeordnete Stellung in Indien selbst darüber vergessen zu lassen.

